

## RICHTIG, WICHTIG, GRÜN – Auf unsere Inhalte kommt es an

Im September wird der Bundestag neu gewählt. Die SPD hat die Koalition durch die einseitige Ankündigung vorgezogener Neuwahlen beendet. Das bedeutet: Es gibt im Wahlkampf keine Koalition. Im Mittelpunkt steht für uns grüne Politik: Gerechtigkeit, Selbstbestimmung, Ökologie und Demokratie. Wir kämpfen für ein starkes grünes Ergebnis. Unser Ziel ist, in Brandenburg deutlich mehr als 5 Prozent der Stimmen zu erreichen.

Voraussetzung für einen guten Wahlkampf ist eine ehrliche Bilanz der letzten 7 Jahre Rot-grün. Wir haben viel erreicht. Die Republik ist in vielen Bereichen grüner geworden. Der Atomausstieg, der Einstieg in Erneuerbare Energie und die Einführung der Ökosteuer sind Meilensteine für die Modernisierung unseres Landes. Unsere Umweltpolitik hat neue Arbeitsplätze geschaffen. Verbraucherschutz haben erst wir zum Thema gemacht. Durch ein modernes Staatsbürgerschaftsrecht, durch die Anerkennung der einwanderungspolitischen Realität und mehr Rechte für Schwule und Lesben sowie für Menschen mit Behinderung haben wir unsere Gesellschaft wieder ein Stück offener gemacht. Menschenrechte und das Eintreten für eine gerechte Globalisierung wurden durch uns Teil der deutschen Außenpolitik. Die meisten Erfolge der rot-grünen Bundesregierung gehen auf grüne Ideen zurück. Die Zusammenarbeit mit der SPD war nicht leicht. Oft hat Sozialdemokratie blockiert oder war nur bereit, den kleinen Schritt zu gehen.

Wir Bündnisgrüne haben aber auch in den letzten 7 Jahren Fehler gemacht. Wir haben Steuer-senkungen mitbeschlossen, ohne einen Subventionsabbau zu deren Finanzierung durchsetzen zu können. Wir konnten nicht immer Balance halten zwischen wirtschaftlichen Reformen und sozialem Ausgleich. Hier müssen wir nach- und umsteuern: durch Abbau von Subventionen und durch eine gerechtere Beteiligung großer Vermögen und hoher Einkommen an der Finanzierung unseres Sozialstaates. Wir wollen die Ziele, die wir mit den Arbeitsmarkt-reformen verbinden, wieder in den Blick rücken, um auch auf diesem Feld Glaubwürdigkeit zurückzuerlangen. Die Ängste in der Bevölkerung vor dem Verlust sozialer Sicherheit nehmen wir Ernst. Wir fordern die Angleichung von Ost- an West-ALG II-Leistungen und eine Weiterentwicklung von ALG II zu einer armutsfesten Grundsicherung. Wir setzen uns für einen verbindlichen Mindestlohn ein und wir wollen die Kommunen weiter stärken. Durch zielgerichtete Investitionen in die kommunale Da-

seinsfürsorge und in wichtige Zukunftsfelder wie Bildung, Forschung, Gesundheit, Kultur und ökologische Innovationen wie Altbausanierung, Stadtumbau oder Nahverkehr wollen wir mehr Beschäftigung und eine Belebung der Binnenkonjunktur erleichtern.

Die kommende Bundestagswahl ist eine Richtungsentscheidung: Über das Ziel einer gerechten sozial-ökologischen Erneuerung oder die Rückkehr mit Volldampf in die Vergangenheit mit Union und FDP.

Die Union plant den Ausstieg aus dem Atomkonsens. Sie will zurück zur Atomkraft und gefährdet hunderttausend Arbeitsplätze im Bereich der Erneuerbaren Energien. Die Gewerkschaften sollen entmachtet, Mitbestimmungsmöglichkeiten von ArbeitnehmerInnen eingeschränkt werden. Die Verwirklichung der Gleichstellung von Frauen und Männern wird durch gegenläufige Leitbilder behindert. Mit der Einführung der Kopfpauschale wird der Ausstieg aus unserem solidarischen Sozialsystem vollzogen. Westerwelles FDP ist in ihrem Kurs noch härter als die Union und konsequent neoliberal. Mit ihren Forderungen nach Abschaffung der solidarischen Krankenversicherung, der Zerschlagung der Bundesagentur für Arbeit und einer Steuersenkung steht sie für einen Marktradikalismus, der bewusst auf Gerechtigkeit und sozialen Ausgleich verzichtet. Wir brauchen kein Bildungssystem, das möglichst früh aussortiert. Wir wollen integrative Bildung, die nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängt.

Vom schwarz-gelben Rückschritt wäre Brandenburg besonders betroffen. Die Union will die Agro-Gentechnik. So wird der besonders in Brandenburg erfolgreiche ökologische Landbau in seiner Existenz bedroht. Der Reichtum Brandenburgs, die oft noch intakte Natur, ist durch schwarz-gelbe Rücksichtslosigkeit bedroht. Mit dem Schlagwort 'Entbürokratisierung' werden Standards im Natur- und Umweltschutz, in der informationellen Selbstbestimmung gekippt. BürgerInnenrechte wie der Schutz vor Diskriminierung, die Teilhabe an Entscheidungsprozessen und der Anspruch auf Transparenz von Verwaltungshandeln drohen auf der Strecke zu bleiben. Aus der 'Freien Heide' wird die CDU hierzulande schnell wieder die 'märkische Heide' ihres dumpfen Heimatbegriffs machen. Unter dem Lärm von Kampfbombern wird Ruhe wieder zur ersten Bürgerpflicht erhoben werden.

Wir Brandenburger Bündnisgrüne stehen im anstehenden Bundestagswahlkampf für die zukunftsfähige Verwirklichung von ökologischer, sozialer und wirtschaftlicher Entwicklung. Im Gegensatz zum PDS-Listenbündnis stellen wir uns den entscheidenden Fragen. Antworten auf die Herausforderungen der Globalisierung, zum demografischen Wandel oder zum Zusammenhang von Ökologie und Ökonomie werden von dort nicht kommen. Diese Antworten wollen wir nicht stellvertretend für eine wacher und sensibler gewordene Gesellschaft geben, sondern mit ihr einen gemeinsamen Weg in die Zukunft gestalten. Diese Zukunft baut auf Werte, auf Gemeinsinn, gerechte Teilhabe, Bürgerrechte, Selbstbestimmung und Verantwortung für andere und unsere Umwelt.

Deshalb kämpfen für eine starke grüne Stimme im Bundestag. Auf uns wird es ankommen – in Regierung oder Opposition.